

# ROTE POST

Nr.76

Mai 2024

## INTERNATIONAL

6

DIE ISRAELISCHE AGGRESSION  
GEGEN DEN IRAN

## BRD

8

DER PATE UND  
DIE KRISE

## FRAUEN

10

LEIHMUTTERSCHAFT?  
MENSCHENHANDEL!

## BERLIN

12

KRIEGSFORSCHUNG IN DER  
HAUPTSTADT

## HAMBURG

14

KEINE BARZAHLUNG IN DER  
MENSA MEHR

## BREMEN

16

TENEVER: NIE WIEDER  
NEUWIEDER

## NORDRHEIN-WESTFALEN

18

ZUM 5. JAHRESTAG DES  
TODES UNSERES FREUNDES:  
ADEL B.: DAS WAR MORD!

## BADEN-WÜRTTEMBERG

20

EXISTENZÄNGSTE BEI DEN  
ANGESTELLTEN VON GALERIA

## KULTUR

22

SIND WIR „DES GEYERS  
SCHWARZER HAUFEN“?

## **INHALT**

**4 BILD DES MONATS**

**6 INTERNATIONAL**

**8 BRD**

**10 FRAUEN**

**12 BERLIN**

**14 HAMBURG**

**16 BREMEN**

**18 NORDRHEIN-WESTFALEN**

**20 BADEN-WÜRTTEMBERG**

**22 KULTUR**

**BARRIKADE BEI MASSENKÄMPFEN IN HAITI  
DIE ISRAELISCHE AGGRESSION GEGEN  
DEN IRAN**

**DER PATE UND DIE KRISE**

**LEIHMUTTERSCHAFT? MENSCHENHANDEL!**

**KRIEGSFORSCHUNG IN DER HAUPTSTADT –  
ZIVILKLAUSELN AN DER TU BERLIN  
ALS LIPPENBEKENNTNIS**

**KEINE BARZAHLUNG IN DER MENSA MEHR**

**„DURCHMISCHUNG“ IN TENEVER:  
NIE WIEDER NEUWIEDER**

**ZUM 5. JAHRESTAG DES TODES UNSERES  
FREUNDES: ADEL B.: DAS WAR MORD!**

**EXISTENZÄNGSTE BEI DEN  
ANGESTELLTEN VON GALERIA**

**SIND WIR „DES GEYERS  
SCHWARZER HAUFEN“?**

## **KONTAKT**

Bei Fragen, Anmerkungen, Vorschlägen oder Anfragen für  
Abos schreibt uns eine Mail an  
[rotepost@gmx.de](mailto:rotepost@gmx.de)

## **V. I. S. D. P.**

Franziska Vogler  
Blodigstr. 15  
80933 München

## **EIGENTUMSVORBEHALT**

Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitung einschließlich ihrer Beilagen solange Eigentum der/des AbsenderIn, bis sie den Gefangenen ausgehändigt worden ist. „Zur-Habe-Nahme“ ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Rote Post den Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie der/dem AbsenderIn mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzuschicken.

Liebe Leser der Roten Post,

wenn ihr diese Ausgabe in den Händen haltet, liegt ein mit Sicherheit kämpferischer 1. Mai hinter uns, und ein extrem geladener Sommer steht Europa bevor. Der Widerspruch zwischen der Bourgeoisie und der Arbeiterklasse hat sich in den vergangenen Monaten weiter verschärft, die andauernde Hetze gegen Muslime, die mit Beginn des völkermörderischen Feldzug Israels in Gaza auf ein neues Niveau gehoben wurde, befeuert die Situation. Allein die beiden sportlichen Großveranstaltungen, die Fußball-Europameisterschaft in Deutschland, besonders aber die Olympischen Spiele in Paris, wo neue Maßstäbe in Sachen Militarisierung des öffentlichen Lebens gesetzt werden, bieten ein ständiges Potential dafür, dass sich die Widersprüche explosionsartig entladen.

Die Zustände der Ruhe, des relativen Friedens in vielen imperialistischen Ländern, werden, das zeigt sich Tag für Tag, nicht zurückkehren. Das bedeutet auch, dass die Herrschenden das Volk nicht mehr so weiterregieren können, wie bisher. Neue Wege werden beschritten, die vor einigen Jahren noch unvorstellbar gewesen wären. Dies zeigt sich derzeit am Beispiel des Vereinigten Königreichs, wo der Plan eines Premierministers, selber mit migrantischen Wurzeln, im bitterarmen afrikanischen Staat Ruanda eine Abschiebekolonie für Migranten, die Großbritannien ohne Papiere erreichen, zu errichten, nun vom Unterhaus abgesegnet wurde? Ein anderes Beispiel aus Deutschland – der „Palästina-Kongress“ in Berlin: Die Polizei konnte – ein mal mehr völlig ohne rechtliche, ohne *demokratisch legitimierte* Grundlage – mit fast tausend Mann eine friedliche Veranstaltung in geschlossenen Räumlichkeiten mit 250 Teilnehmern stürmen, für beendet erklären und den Strom abstellen. Das sind neue Dimensionen, die die gewalttätige, brutale Natur des Imperialismus auch in den imperialistischen Ländern selbst mehr offenbaren.

Derweil dauert Völkermord in Palästina durch den israelischen Staat an und die Offensive auf Rafah bleibt weiter angekündigt. Mehr als 35.000 Menschen wurden mittlerweile in Gaza umgebracht, unzählige mehr verwundet und annähernd zehntausend gelten als vermisst, mehr als 1.200.000 Menschen hungern. Der deutsche Imperialismus unterstützt bedingungslos die Horden, die Häuser zerbomben und niederbrennen, die von ihnen als „Tiere“ deklarierten Menschen zu Tausenden misshandeln sogar humanitäre Helfer aus dem Ausland ermorden. Der Protest, der Widerstand dagegen hierzulande, ist kein angemessener Protest, wenn er so „respektabel“, so „brav“ ist, wie es die Exekutive im Alleingang erzwingen will. Solidarität mit dem Volk Palästinas bedeutet hierzulande besonders den vorbehaltlosen Kampf gegen den deutschen Imperialismus, dieses Raubtier und internationalen Massenmörder, der den Völkermord aktiv unterstützt.

Lateinamerika bleibt ein Hochofen der Widersprüche, und die Kommunisten kämpfen in zahlreichen Ländern an vorderster Front. Im „Roten April“ haben in Brasilien dieses Jahr bis Mitte des Monats mindestens 20.000 Bauernfamilien an Landbesetzungen in 14 Bundesstaaten teilgenommen. Mitte April fand in Oaxaca-Stadt in Mexiko eine polizeiliche Räumung der Wohnung einer arbeitenden Frau, ihres Bruder und ihrer dreijährigen Tochter statt, die aufgrund des Widerstands durch Anwohner und Aktivistinnen der Volksfrauenbewegung verhindert werden konnte. Solche illegalen Zwangsräumungen des „Kartells der Enteignung“ finden in der Gegend häufig statt. Bei der Verhinderung der Räumung wurde allerdings die Aktivistin Natalia geschlagen, festgenommen und mehrere Stunden in Isolationshaft gesteckt. Dort wurde sie verhört und mit dem Tode bedroht. Die Aktivistinnen der Volksfrauenbewegung waren in die Nachbarschaft gekommen, um Sozialarbeit in der Gemeinde zu leisten und Arbeiterinnen und Opfer patriarchaler Gewalt zu unterstützen und sind deswegen auch Zielscheibe der Angriffe des alten Staates geworden. Natalia konnte aufgrund der Proteste der Anwohner und des Kampfes der Verteidiger der Menschenrechte des Volkes von Oaxaca schließlich, ohne dass eine Anklage gegen sie erhoben wurde, freigelassen werden. Es zeigt sich: Rund um den Globus weiten sich die Aktivitäten der Revolutionäre aus, und überall dort, wo ihre Ideen und Prinzipien das Volk erreichen, werden Steine ins Rollen gebracht.





Am 19. April organisierte ein Unterstützungskomitee der revolutionären Zeitschrift A Nova Democracia im brasilianischen Recife eine Veranstaltung in Solidarität mit den armen Bauern des Camps Barro Branco, die sich seit Monaten heftigen Angriffen der Großgrundbesitzer ausgesetzt sehen. Diese versuchen sie, im Interesse insbesondere des Agrarunternehmens Mata Sul S/A von ihrem Land zu vertreiben, indem sie das Trinkwasser der Bauern vergiften und zuletzt auch bewaffnete Söldner zur Einschüchterung schickten. Zum Abschluss wurde ein neues Unterstützungskomitee gegründet, um den Kampf der Bauern in der Region mehr zu propagandisieren und finanziellen Rückhalt zu schaffen.

*Quelle: [anovademocracia.com.br](http://anovademocracia.com.br)*

## DIE ISRAELISCHE AGGRESSION GEGEN DEN IRAN

**A**m 14. April erreichte die Situation im sogenannten „Nahen Osten“, die sich im Rahmen des Widerstandskampfes des Volkes Palästinas gegen den israelischen Völkermord entwickelt, eine neue Stufe. Der Iran führte mit 185 Drohnen, 120 ballistischen Raketen und über 35 Marschflugkörpern einen Direktangriff gegen Israel durch. Zusätzlich beteiligten sich andere Kräfte der sogenannten „Achse des Widerstandes“ aus dem Libanon, Irak und dem Jemen an der Operation. Dieser Angriff war eine Reaktion auf das vorausgegangene israelische Bombardement der iranischen Botschaft in Damaskus Anfang April. Da Botschaftsgebäude offiziell Teil des staatlichen Territoriums sind, hat Israel damit offen iranisches Staatsgebiet angegriffen und den Iran in die Lage versetzt nach Artikel 51 der UN-Charta sein Recht auf Selbstverteidigung in Anspruch zu nehmen.

Der iranische Angriff auf den israelischen Staat war eine folgerichtige Konsequenz der jahrzehntelangen nordamerikanisch-israelischen Aggression, welche permanent mit offenen wie verdeckten Angriffen die unterdrückten Völker und Souveränität der Staaten im „Nahen Osten“ angreift. Vor dem Angriff auf die iranische Botschaft wurden in den Wochen davor dutzende iranische Militärs durch israelische Vernichtungsoperationen in den umliegenden Ländern getötet. Nicht zu vergessen sind die verdeckten Angriffe gegen Atomanlagen und Wissenschaftler im Iran selber.

Die Militäroperation am 14. April ist ein deutliches Signal des iranischen Regimes die israelischen Grenzüberschreitungen im „Schattenkrieg“ zwischen den beiden Ländern nicht länger zu dulden. Das ist eine gerechtfertigte Handhabung. Der Standpunkt „beide Seiten gleichermaßen zu verurteilen“ versteht den Charakter der nordamerikanisch-israelischen Aggression im „Nahen Osten“ nicht und schwimmt im Fahrwasser der Imperialisten. Das Hauptsächliche, was daran kritisiert gehört, ist die Charakter des iranischen Regimes, in Abhängigkeit hauptsächlich vom russischen und chinesischen Imperialismus, und dass dieser in dieser Angelegenheit scheinheilig agiert. Der direkte Angriff auf Israel ist zwar eine neue Qualität der Konfrontation, trägt insgesamt aber den Charakter einer Demarkation.

Zwar muss man hervorheben, dass viel mehr iranische Geschosse ihre Ziele getroffen hätten, wenn nicht die imperialistischen Herren Israels, hauptsächlich die USA, aber auch Großbritannien und Frankreich und ihre Lakaien wie Jordanien und Saudi-Arabien in den Kampf eingegriffen hätten (was in den bürgerlichen Medien dann als Teil der „israelischen“ Luftverteidigung gewertet wird) und das die israelische Propaganda ihre Abschüsse übertreibt. Dass es sich beim iranischen Angriff aber trotzdem um eine Demarkation handelt, kann man daran erkennen das im Voraus die USA über Schweizer Kanäle darüber informiert wurden, dass die Vergeltungsoperation nicht das Ziel hat eine große Eskalation hervorzurufen, was auch noch während Raketen Richtung Israel flogen vom iranischen Außenministerium erneut betont wurde.

Es ist zwar unbestreitbar, dass der Iran im eigenen Interesse seit Jahren Teile der nationalen Widerstandsfront Palästinas unterstützt und somit in der Palästina-Frage nicht auf die selbe Stufe mit den anderen reaktionären Regimes, wie Saudi-Arabien oder Jordanien, in der Region gestellt werden kann, die sich die Befreiung Palästinas auf die Fahne schreiben, aber in Wahrheit Kettenhunde, hauptsächlich der US Imperialisten sind und das Blut des Volkes Palästinas an den Händen haben. Doch genauso unbestreitbar ist es, dass der Iran aufgrund seiner Kapazitäten absolut in der Lage wäre dem Völkermord in Palästina deutlich offensiver entgegen zu treten. Das tut das Regime aber nicht, es agiert erst direkt gegen Israel, wenn seine eigenen Interessen betroffen sind. Das ist auch der grundlegende Unterschied zwischen dem iranischen Regime und den arabischen Patrioten im Jemen. Die patriotische Front im Jemen hat von Anfang an ihre unmissverständliche Haltung gegen den Völkermord in Palästina durch ihre militärischen Aktionen gegen Israel und die imperialistische Warenlogistik ausgedrückt und explizit eine direkte militärische Konfrontation mit den Imperialisten in Kauf genommen. Bis heute leisten die jemenitischen Kämpfer unerbittlichen Widerstand trotz eines imperialistischen Aggressionskrieges unter Führung der Yankees, mit Beteiligung des deutschen Imperialismus und das, obwohl Biden zahlreiche Angebote und Deals vorgeschlagen hat, sollte die patriotische Front ihre Angriffe einstellen.

Inmitten dieser Gemengelage sind zwei Sachen im Kopf zu behalten. Erstens, wie Vorsitzender Mao Tse-tung gesagt hat, wird der Imperialismus in einem komplexen System von Kriegen untergehen, dass schließt auch Kriege zwischen verschiedenen Staaten ohne revolutionäre Führung mit ein. Zweitens, gerade die Komplexität der Lage und die Vielzahl an unterschiedlichen Akteuren macht es notwendig, stets alles



*Ungefähres Ausmaß des Angriffs des Iran*

vom Standpunkt des Marxismus - dass bedeutet heute Maoismus - zu betrachten und die Rekonstitution der Kommunistischen Parteien für die Einleitung der Volkskriege für die neudemokratischen Revolutionen in den Mittelpunkt der strategischen Perspektive zu stellen. Das ist der einzige Weg zur Befreiung der unterdrückten Nationen. Wie schon oft propagiert leisten wir unseren Beitrag - besonders zur Rekonstitution der Kommunistischen Partei Palästinas - in dem wir die Genossen, die im bewaffneten Kampf Seite an Seite mit den Massen innerhalb der nationalen Widerstandsfront kämpfen, unterstützen.

## **VORWÄRTS IM AUFBAU DER ANTIIMPERIALISTISCHEN FRONT!**

Auf Deutschland angewendet bedeutet das für die antiimperialistische Bewegung den Aufbau einer Front, die auf einer gemeinsamen Basis steht: Opposition gegen die Interessen und Machenschaften des deutschen Imperialismus, der sich heute richtigerweise in der Rolle des Angeklagten wegen Unterstützung des Völkermords befindet, sowie des Yankee-Imperialismus, als Hauptfeind der Völker der Welt, zu organisieren, sich aber gleichzeitig nicht von einer anderen imperialistischen Macht, beispielsweise dem russischen Imperialismus in Bezug auf dessen Aggressionskrieg gegen die Ukraine, vereinnahmen zu lassen. Das bedeutet freilich auch einen entschiedenen Kampf gegen den israelischen Völkermord, unter Führung hauptsächlich der US-Imperialisten, und unnachgiebig die Nationale Widerstandsfront Palästinas zu

unterstützen. Diese antiimperialistische Bewegung auf fester Prinzipiengrundlage muss natürlich auch international Gestalt annehmen und dafür gilt es zu streiten.

Die antiimperialistische Bewegung muss in Wort und Tat Partei ergreifen für die Volkskriege in der Welt, für die bewaffneten Kämpfe der unterdrückten Nationen und Völker, gegen die Hetze und Lügen der Reaktionäre, die den gerechten Kampf als „Terrorismus“ verunglimpfen, für das Recht der Völker ihre Organisations- und Kampfformen selbst zu bestimmen, denn die wahren Terroristen sind die Imperialisten und ihre Lakaien und die schlimmsten unter diesen sind die USA.

Es ist durchaus herausfordernd, eine solche Einheit auf Basis von Prinzipien in einem imperialistischen Land wie Deutschland aufzubauen. Wesentliche Teile der Bevölkerung hier sind durch die Extraprofiten der Ausbeutung der dritten Welt bestochen. Ein Teil hat die parasitären Positionen der imperialistischen deutschen Bourgeoisie verinnerlicht. Darum muss man vom Standpunkt der ärmsten und ausgebeuteten Schichten des Volkes ausgehen und entsprechend einen kompromisslosen Standpunkt gegenüber dem deutschen Imperialismus und seinen Interessen einnehmen.

Nur im Kampf gegen die Positionen der imperialistischen Chauvinisten, Opportunisten und anderer innerhalb der Bewegung, die mit dem Blut der Völker schachern und tatsächlich mit dem Imperialismus d'accord gehen, werden wir eine wirklich wirksame antiimperialistische und internationalistische Unterstützungsarbeit für Palästina leisten können. Das gilt umso mehr in Zeiten in denen der deutsche Staat die erkämpften bürgerlichen Rechte und Freiheiten de facto, nicht nur, aber auch für Antiimperialisten aufhebt und Veranstaltungen wie den Palästina-Kongress mit faschistoider Repression überzieht. Die bürgerliche Gesetzgebung und Propaganda, die auf die Spaltung der Bewegung in für sie akzeptable „demokratische“ und inakzeptable „extremistische“ Teile zielt, wird perspektivisch eine noch größere Rolle spielen. Dagegen halten wir u.a., dass – nach ihren eigenen Grundsätzen (die sie natürlich nach Belieben über Bord werfen) – das Recht auf Meinungsfreiheit und Meinungsäußerung auch für diejenigen, die nicht mit dem israelischen Völkermord und der deutschen Mittäterschaft einverstanden sind, gelten muss. •

## DER PATE UND DIE KRISE



„**E**s waren zwei verlorene Jahre“, sagt unlängst der Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI) über die bisherige Regierungszeit der Ampel-Koalition. Siegfried Russwurm drückt damit aus, was angesichts der anhaltenden ökonomischen Krise des deutschen Imperialismus für jedermann offenbar ist.

„Es gibt sachliche Differenzen. Der Kanzler argumentiert mit dem, was die Ampelkoalition in den letzten beiden Jahren alles gemacht hat, um die deutsche Wirtschaft zu unterstützen.“ Dem wolle er auch gar nicht widersprechen, allerdings sei für den BDI entscheidend, was bei den Unternehmen ankomme, so Russwurm. Was schlicht bedeutet, dass die gegenwärtige Bundesregierung einfach nicht in der Lage ist das richtige zu tun.

„Manche Weichen [wurden] schon in der Zeit davor falsch gestellt“, meint der BDI-Präsident und weist damit auf die Länge der Krise hin. Spätestens 2019 kam diese zum Tragen und keine Maßnahme keiner Regierung war seither in der Lage etwas grundsätzlich daran zu ändern. Nicht nur, aber auch, weil die Krise des deutschen Imperialismus Teil der allgemeinen Krise des Imperialismus ist.

Ein weiteres Problem, welches von Siegfried Russwurm ausgemacht wurde, ist dass Bundeskanzler Scholz „den Ernst der Lage offenbar zu unterschätzen“ tendiert. Worauf der Kopf des BDI anspielt ist der

Stil den Scholz an den Tag legt. Das „Scholzen“, die Trickserien, das Schachern, die Deals des Paten von Hamburg sind es, die die überaus schwache Regierung über Wasser halten, aber eben keine fachliche Führung.

Das Verhältnis der Wirtschaftsverbände zur Bundesregierung und insbesondere mit dem Kanzleramt war zuletzt entsprechend deutlich unterkühlt. Bundeskanzler Scholz hatte wiederholt ausgedrückt, dass er die Klagen des deutschen Finanzkapitals für schlicht übertrieben halte. Zuletzt tat Scholz dies in seiner Eröffnungsrede bei der Hannover Messe Ende April. Erneut bekräftigte Olaf Scholz seine Haltung. „Lassen Sie uns den Wirtschaftsstandort Deutschland [...] nicht schwach reden“, meinte der Pate von Hamburg dort – offenbar in einem weiteren Anflug von Realitätsverweigerung.

Dieses „Schwachreden“ ist ganz einfach die Darlegung der aktuellen Wirtschaftsdaten. „Wir werden dieses Jahr keinen Konjunkturimpuls aus den Exporten sehen, sondern wir gehen davon aus, dass die Exportkurve 2024 flach bleibt“, sagte bei gleichem Anlass Siegfried Russwurm. Der Wert der Warenausfuhren sank zuletzt um rund 1,5 Prozent gegenüber dem Vorjahr.

Der deutsche Imperialismus rechnet darüber hinaus in diesem Jahr mit einem erneuten Rückgang seiner Industrieproduktion: „Deutschland fällt 2024 voraussichtlich weiter zurück. Wir rechnen mit einem Minus in

*der Industrieproduktion um 1,5 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Wir [dürfen] uns nichts vormachen: Insgesamt zeigen die Produktionszahlen schon seit Jahren einen besorgniserregenden Abwärtstrend.“*

Die Bundesregierung unter der Führung des Paten von Hamburg war bislang weder in der Lage, den Ursachen und Auswirkungen der stark gestiegenen Energiepreise, noch der hohen Zinsen oder der immer wieder auftretenden Lieferengpässe auch nur ansatzweise etwas nachhaltig entgegen zu setzen. Die ökonomische Krise hier hängt mit der weltweiten schwersten Überproduktionskrise seit dem Zweiten Weltkrieg zusammen. Derartige wiederkehrende Krisen sind Teil des Imperialismus und die Maßnahmen zur Handhabung sind bloß die Grundlage für das Entstehen der nächsten. Aber politische und ökonomische Krise gehen hier Hand in Hand. Bürgerliche Politiker sind abhängig von Wahlergebnissen, ihre Existenz als Politiker baut darauf, dass sie wiedergewählt werden und Posten bekommen, darum müssen die Begehren der eigenen Wählerschaft befriedigt werden. Darum ist jetzt Kiffen legal und es gibt keine Atomkraftwerke mehr. Ist das sinnvoll, nachdem die Yankees Nord Stream 2 gesprengt und den Deutschen damit den russischen Gashahn abgedreht haben? Eher nicht, aber Robert Habeck muss so handeln. Macht es aus Sicht der Herrschenden Sinn, dass Hartz IV durch Bürgergeld ersetzt wird, wenn der Fall der Profitrate eine verschärfte Ausbeutung erfordert? Eher nicht, aber das muss die SPD machen, um ihrer Wählerschaft zu entsprechen.

Was Scholz tatsächlich kann, das kann man im Fall der Cum-Ex-Geschäfte deutscher Banken ganz gut erkennen. Die Sache kam gerade wieder in den Blick der Öffentlichkeit, weil Deutschlands wohl wichtigste Cum-Ex-Ermittlerin der Justiz den Rücken kehrt. Anne Brorhilker hatte am 22. April bei der Generalstaatsanwaltschaft eine „Bitte um Entlassung aus dem Beamtenverhältnis“ eingereicht. Die 50-jährige Oberstaatsanwältin leitet die eigens für den größten deutschen Steuerskandal eingerichtete Hauptabteilung, die derzeit gegen mehr als 1.700 Beschuldigte ermittelt. Jetzt schmeißt sie deutlich frustriert hin.

Geschätzte zwölf Milliarden Euro sollen durch die Cum-Ex-Geschäfte von Bankern, Beratern und Aktienhändlern, die sich Steuern erstatten ließen, die nie jemand gezahlt hatte, ergaunert worden sein.

Ein Griff in die Staatskasse, mit direkter Unterstützung aus der Politik. Insbesondere auch durch den heutigen Bundeskanzler. Brorhilker ermittelte seit 2012 Cum-Ex-Fälle. Öffentliche Aufmerksamkeit erfuhren ihre Ermittlungen auch, weil sie bis in die hohe Politik führten. Die Erkenntnisse um die Hamburger Privatbank MM Warburg brachten schließlich auch die Machenschaften von Bundeskanzler Olaf Scholz ans Licht.

Brorhilker sagte zu ihrer Entscheidung: *„Ich war immer mit Leib und Seele Staatsanwältin, gerade im Bereich von Wirtschaftskriminalität, aber ich bin überhaupt nicht zufrieden damit, wie in Deutschland Finanzkriminalität verfolgt wird. Da geht es oft um Täter mit viel Geld und guten Kontakten, und die treffen auf eine schwach aufgestellte Justiz. Dann haben wir den Befund: Die Kleinen hängt man, die Großen lässt man laufen.“* Die Politik, so Brorhilker in ihrer Kapitulationserklärung, habe elf Jahre nach Bekanntwerden der ersten Cum-Ex-Fälle noch immer nicht hinreichend reagiert. Der Steuerdiebstahl gehe weiter, es gebe Cum-Ex-Nachfolgemodelle und fehlende Kontrolle. Die Verwicklungen der Deutschen Bank, dem US-amerikanischen Kreditinstitut Merrill Lynch oder des spanischen Finanzdienstleisters Santanderr sind noch längst nicht aufgearbeitet, ebenso wenig wie die von Landesbanken wie der früheren WestLB und der hamburgischen HSH Nordbank. Als Brorhilker im Jahr 2020 im Verfahren gegen die Hamburger Privatbank MM Warburg dem Verdacht nachging, dass Hamburger Finanzbeamte und SPD-Politiker – unter anderem der damalige Bürgermeister Hamburgs, Olaf Scholz – der Bank geholfen haben, die Cum-Ex-Beute zu behalten, machte man ihr einen Strich durch die Rechnung. Ein entsprechender Beschluss lag bereits bei der Amtsrichterin. Doch Brorhilkers Vorgesetzte in der Staatsanwaltschaft stoppten den Vorgang mit fadenscheinigen Begründungen. Diese Hinterzimmergeschäfte, wie mit der Warburg-Bank, und deren Vertuschung, sind die Stärke des Paten von Hamburg, der trotz seiner Verstrickungen immer noch Bundeskanzler ist, wenn auch der unbeliebteste, den es je gab. •

## LEIHMUTTERSCHAFT? MENSCHENHANDEL!

Schon im Koalitionsvertrag 2021 schrieben die Ampel-Parteien: *„Wir setzen eine Kommission zur reproduktiven Selbstbestimmung und Fortpflanzungsmedizin ein, die Regulierungen für den Schwangerschaftsabbruch außerhalb des Strafgesetzbuches sowie Möglichkeiten zur Legalisierung der Eizellspende und der altruistischen Leihmutterschaft prüfen wird.“*

Womöglich liest sich „Leihmutterschaft“ besser, wenn es in einer Reihe mit einem Thema wie Abtreibungen steht – doch die Heuchelei, es ginge hier um „körperliche Selbstbestimmung“, könnte nicht größer sein.

Im Falle einer kommerziellen Leihmutterschaft wird das Kind juristischen betrachtet zum Objekt eines Rechtsgeschäfts. Darum steht nicht zuletzt der Vorwurf des Menschenhandels im Raum, da ein Kind gegen Zahlung eines Entgeltes von einer Person an eine oder mehrere andere übergeben – d.h. verkauft – wird. Dies ist unter anderem ein Verstoß gegen Artikel 35 der UN-Kinderrechtskonvention, worin der „Verkauf von Kindern“, sowie der „Handel mit Kindern zu irgendeinem Zweck und in irgendeiner Form“ verboten ist.

Im August 2023 war ein ganzer Menschenhandelsring auf Kreta aufgefliegen: 30 schwangere Osteuropäerinnen wurden aufgefunden, die dort Kinder von Kaufeltern mittels künstlicher Befruchtung oder Eizellenspende austrugen. Die jungen Frauen wurden mit falschen Versprechungen von den Zuhältern aus ihren Ländern auf die Insel gelockt und mussten die Grausamkeiten für 200 bis 600 Euro im Monat über sich ergehen lassen. Der Kaufpreis für die Kinder lag meist bei etwa 120.000 Euro. Die Frauen seien in Quarantäne, unter Überwachung gewesen und hätten sich nicht frei bewegen dürfen.

Die fließenden Übergänge der „Leihmutterschaft“ zur Prostitution werden also deutlich, und umso deutlicher auch die Widerwärtigkeit der Regierenden in Deutschland. Bis jetzt verbietet das Embryonenschutzgesetz Eizellenspende und Leihmutterschaft. Doch die Ampel, in erster Linie die FDP, arbeitet dagegen

an. Im vergangenen März wurde eine Kommission zur „Reproduktiven Selbstbestimmung und Fortpflanzungsmedizin“ (Bild unten) von Familienministerin Lisa Paus (Die Grünen), Gesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) und Justizminister Marco Buschmann (FDP) einberufen, die sich dem oben genannten Abschnitt des Koalitionsvertrag widmet.



Die FDP würde eine Parallele zwischen Leihmutterschaft, Eizellspende und der in Deutschland legalen Samenspende ziehen, in welcher Hinsicht auch der Präsident der Bundesärztekammer, Klaus Reinhard, von „ausgleichender Gerechtigkeit“ bei einer Legalisierung ersterer spricht. *„Wir halten es für nicht angemessen, wenn wir es beispielsweise einer Frau verbieten, für ihre Schwester, die nach einer Krebserkrankung nicht mehr schwanger werden kann, ein Kind auszutragen“*, so die heuchlerische Begründung von Katrin Helling-Plahr (FDP), studierte Medizinerin und Mitglied im Gesundheits-Ausschuss des Bundestages. Das Wählerklientel der FDP besteht aber eben nicht aus solchen krebserkrankten Frauen, sondern aus in erster Linie aus reichen Männern.

Allein schon aus finanziellen Gründen, aber auch auf Grundlage ihrer Degeneration, ist der „Kauf“ eines Kindes in allererster Linie eine von der Bourgeoisie praktizierte Sache. Zahlreiche „Prominente“, wie Elon Musk oder Cristiano Ronaldo, haben diese Sache salonfähig gemacht, nun wächst das Interesse unter den Bonzen.

Hinzu kommt, dass natürlich Paare, die keine

Kinder bekommen können, besonderes Interesse zeigen werden. Rund 15.000 Paare aus Deutschland reisen jedes Jahr ins Ausland, um sich ein Baby zu kaufen, 6.000 davon in die Ukraine. Weltweite Aufmerksamkeit hat in diesem Zusammenhang das Schicksal eines im Februar 2016 in der Ukraine durch eine Leihmutter ausgetragenen Mädchens erregt, das 15 Wochen zu früh mit nur 800 g Körpergewicht geboren wurde: Sie war geistig wie körperlich behindert und musste in ein Waisenhaus, weil die die Leihmutterschaft in Auftrag gegeben hatten, es einfach ablehnten.

Aus der Leihmutterschaft hat sich global bereits ein Milliardengeschäft entwickelt, das weiter in die Höhe schießt. Es gibt eine unheimlich starke Lobby, die weit in die bürgerliche Wissenschaft an den Universitäten und in die bürgerliche Politik hineinreicht; das reaktionäre „Europäische Elternschaftszertifikat“ ist ein Beweis dafür.

Indien war im vorvergangenen Jahrzehnt „Drehscheibe“ des Geschäfts mit der kommerziellen Leihmutterschaft. Mit der sich abzeichnenden Veränderung der Rechtslage etablierten sich zunächst Kambodscha und schließlich Georgien als neue Zielorte. Im Jahr 2019 wurde das Verbot der kommerziellen Leihmutterschaft für Ausländer in Indien rechtskräftig. In Indien wurden nach Schätzungen zwischen 1999 und 2013 bis zu 25.000 Kinder für Leihmutterschaftsprogramme ausgetragen und verkauft.

Auch in Thailand ist es seit 2015 infolge mehrerer Skandale Ausländern verboten, Leihmütter kommerziell zu beauftragen. Vor dem Erlass des entsprechenden Gesetzes hatten australische „Eltern“ ein Kind mit Downsyndrom einfach zurückgelassen.

Für eine Eizellenspende sind Hormonbehandlungen, tiefe Eingriffe in den Körper der Frauen, und eine Operation notwendig, was zu langfristigen körperlichen Schäden bis hin zu Unfruchtbarkeit führen kann. Verträge zur Leihmutterschaft in den USA enthalten regelmäßig auch die Pflicht der Leihmutter, das Kind auf Wunsch der Besteller abzutreiben: Drillinge statt einem Kind, Junge statt Mädchen. Die Besteller bestanden auf Abtreibung oder holten die Neugeborenen nicht ab. Eine Klage, in der eine Leihmutter gerichtlich dagegen vorgeht, eines von drei Kindern abtreiben zu müssen,

wurde abgewiesen. Selbst Befürworter kommen nicht umhin, anzuerkennen, dass für viele Geld der ausschlaggebende Grund ist, um ein Kind für andere auszutragen. In der Regel bekommen die Leihmütter mindestens 30.000 Dollar, für viele Frauen entspricht das fast einem Jahreseinkommen.

Kunden der Leihmutterschaft sind nicht selten die widerlichsten und verkommensten Menschen, die man sich vorstellen kann. So gibt es Netzwerke von Kinderschändern, die die teuer erworbenen Kinder vergewaltigen, wie der deutsche Dennis S. Er ließ für sich in Zypern ein Kind austragen, bezahlte dafür 60.000 Euro, holte es dann nach Deutschland – und missbrauchte es. Dem Jugendamt Marzahn-Hellersdorf macht er mit dem Neugeborenen auf dem Arm weis: „Meine Freundin hat mich vor die Wahl gestellt: Abtreibung oder das Kind nehme ich.“ Die Rührung war groß, denn vorgeblich entschied sich der alleinstehende Mann für das Leben des Kindes. Doch schon im September 2017 war er wegen Kinderpornografie verurteilt worden. Nach der Festnahme eines Deutschen auf den Philippinen führten Chats direkt zu Dennis S. in Berlin. Die Männer sprachen in diesen Chats explizit darüber, von Leihmüttern Kinder austragen zu lassen, um sie sexuell zu missbrauchen. Als er Dennis S. Festgenommen wurde war er im Besitz von mehr als hunderttausend Kinderpornos, darunter auch etliche Videos von seinen Misshandlungen des auf Zypern gekauften Kindes, welche er veröffentlichte. Die Krönung des ganzen war dann das Skandal-Urteil: nur fünf Jahre Gefängnis, weil der Richter keinen Beweis sah, zu welchem Zweck er das Kind gekauft habe.

In dieses Fahrwasser begeben sich Befürworter kommerzieller Leihmutterschaft unter dem zynischen Deckmantel der körperlichen Selbstbestimmung. Dies ist ein weiterer – besonders abscheulicher – Ausdruck der Degeneration die der Imperialismus hervor gebracht hat. •

## KRIEGSFORSCHUNG IN DER HAUPTSTADT – ZIVILKLAUSELN AN DER TU BERLIN ALS LIPPENBEKENNTNIS

**M**itte April wurde bekannt gegeben, dass die NATO-Verteidigungsminister mehr Waffenlieferungen für die Ukraine beschlossen haben. Auch Flugabwehrsysteme sollen geliefert werden. Deutschland stellt hierfür ein sogenanntes Patriot-Abwehrsystem zur Verfügung. Schon Ende 2022 kündigte Patriot-Hersteller Raytheon Missiles & Defense an, seine Produktionskapazitäten auszubauen und dabei eng mit dem deutschen Flugkörperspezialisten MBDA zusammenzuarbeiten. Dabei könnten die benötigten Fertigungskapazitäten bei COMLOG aufgebaut werden. *„Dazu können unter anderem mit den MBDA-Tochterunternehmen Bayern-Chemie und TDW weitere Partner in den strategischen Fahrplan eingebunden werden. [...]“*, sagte der Manager.

Deutschland ist weiterhin einer der Top fünf Exportländer für Waffen, außerdem wird auch die Bundeswehr massiv aufgerüstet. Entsprechend den zuletzt veröffentlichten Statistiken stiegen die Militärausgaben der BRD in 2023 im Vergleich zum letzten Jahr um fast 10 Prozent, im Vergleich zu 2014 um fast 50 Prozent. Damit hat der deutsche Imperialismus den französischen 2023 überholt. Heute noch auf Platz sieben, wird Deutschland künftig Platz vier (entsprechend der Ankündigung, zwei Prozent des BIP in die Rüstung zu investieren) in der Welt vorhergesagt. Aber auch in der Forschung hat die Bundesregierung ambitionierte Ziele. In der 2023 veröffentlichten Nationalen Sicherheitsstrategie wird an mehreren Stellen hervorgehoben, dass die Forschung einen wichtigen Part beim Erreichen der Ziele einnimmt. Hierbei wird neben „Agrarforschung“, „IT-Sicherheitsforschung“, „Cyberforschung“ (dazu gehört unter anderem auch KI) und weiteren Gebieten auch über „Forschung für die zivile Sicherheit“ und „Sicherheitsforschung“ gesprochen.

### FORSCHUNG? UNIVERSITÄT.

In einem Gespräch mit einem Rote-Post-Korrespondenten, erklärte ein Student der Technischen Universität Berlin (TU Berlin), dass die Inhalte der Vorlesungen gezielt, insbesondere in den Ingeni-

eurs-Studiengängen, die Grundlage dafür geben, um perspektivisch, beispielsweise in der Waffenindustrie, Fuß zu fassen. Man würde zwar nicht direkt gesagt bekommen, dass man „lernt eine Bombe zu bauen“, aber am Ende kann man eben genau das tun. Jetzt könnte man behaupten, dass man ja auch in einer Erstsemester Chemie-Vorlesung lernt eine Bombe zu bauen, und für das, was die Studenten



mit ihrem Wissen machen kann die Uni doch nicht verantwortlich gemacht werden. Hierbei ist jedoch interessant hinzuzufügen, dass die TU Berlin sich selbst eine sogenannte Zivilklausel auferlegt hat.

Laut einer Website, die die TU Berlin auf ihrer Website verlinkt hat, wird die Zivilklausel wie folgt definiert: *„Bei der Zivilklausel handelt es sich um eine freiwillige Selbstverpflichtung die von wissenschaftliche Einrichtungen wie beispielsweise Universitäten eingegangen werden und in welcher sich die Einrichtung dazu verpflichtet ausschließlich zivile und friedliche Forschung zu betreiben. Die wissenschaftliche Einrichtung betreibt dementsprechend keinerlei Forschung für die Bundeswehr oder andere Streitkräfte sowie forscht sie auch*

*nicht für die Rüstungsindustrie und gehen auch keinerlei Drittmittelkooperationen mit Unternehmen aus der Rüstungsindustrie oder Einrichtungen der Streitkräfte ein.“*

Dass sich die TU zur Zivilklausel bekennt, wurde im am 13. April 2011 veröffentlichten Leitbild der Technischen Universität Berlin in der Präambel wie folgt bestätigt: „[...] *Wir verfolgen in Forschung und Lehre ausschließlich zivile Zwecke. [...]*“

Aus der Zivilklausel ergeben sich keinerlei rechtsverbindliche Wirkung, da es sich bei dieser um eine sogenannte freiwillige Selbstverpflichtung handelt.

Daher lassen sich auch keine Rechtsansprüche daraus ableiten. Konkret ist sie also völlig gegenstandslos und dient lediglich dem Image der entsprechenden Einrichtung.

Ein weiteres Problem, das häufig zu kontroversen Diskussionen führt, sind sogenannte Dual-Use Forschungen. Diese sind oft nicht eindeutig ausschließlich der zivilen und friedlichen Forschung zuzuordnen, bzw. können diese durchaus auch für wehrtechnische oder wehrmedizinische Forschungen und Projekte weiterverwendet werden oder deren Grundlage bilden.



## DIE ZIVILKLAUSEL AN DER TU

Auf der Website der TU findet man unter der Rubrik „Forschung und Ethik“ weiterführende Informationen zur Zivilklausel. Darunter findet man einen Link zu einem Artikel, zu einer „Diskussion“ zu dieser, zwischen dem Präsidenten der Deutschen Akademie der Technikwissenschaften, Prof. Dr. Ing. Johann-Dietrich Wörner, und dem Präsidenten der Hochschulrektorenkonferenz Prof. Dr. Peter-André Alt. Hier vertreten beide im Endeffekt die Ansicht, dass der Dual-Use von Forschung „nicht zu vermeiden sei“. Während Wörner recht klar macht, dass er Forschung für militärische Zwecke als Notwendigkeit

betrachtet, zur „Verteidigung unserer Werte“ und um „Krieg möglichst auszurotten“, versucht sich Alt scheinheilig damit heraus zu reden, das man durch die Zivilklausel „diskursive Prozesse und die Selbstreflexion der Institution“ anregen würde. Als würde die „Reflexion und Einordnung“ über solche Forschungsfragen ausreichen, das Problem beheben, dass „zivile Forschung“ und „Sicherheitsforschung“ ebenfalls für den Angriff genutzt werden können.

In einem weiteren verlinkten Artikel kommt die Präsidentin der TU, Geraldine Rauch, in einen Beitrag zu Wort, in der sie den „Contra-Part“ zur Frage, ob Hochschulen militärisch forschen sollten, bzw. dürfen, schreibt. Sie spricht sich hierbei zwar gegen die direkte Forschung für die Rüstungsindustrie aus, vertritt aber die Position, dass „Sicherheitsforschung“ notwendig sei.

Dass die TU den Punkt in der Frage „[...] *gehen keine Drittmittelkooperation mit Unternehmen aus der Rüstungsindustrie [...] ein*“ nicht ganz so genau nimmt, zeigt die Universität ziemlich schamlos auf ihrer Website.

Hier wird mit dem Logo von ThyssenKrupp hausiert. Auch wenn es im gemeinsamen Forschungsprojekt um die Entwicklung eines Verfahrens für die CO<sub>2</sub>-Reduktion in der Zementindustrie geht, sollte man sich doch die Frage stellen, ob es wirklich zusammenpasst zu beteuern, dass man sich maximal der „Sicherheitsforschung“ verschreibt und dann mit dem fünftgrößten Rüstungsunternehmen in Deutschland zusammenarbeitet.

Abschließend noch ein Zitat aus dem oben erwähnten Nationalen Sicherheitsstrategie-Papier: „*Wir setzen uns mit Nachdruck in Europa und weltweit für den Schutz und die Stärkung der Freiheit von Wissenschaft, Forschung und Lehre ein.*“.

Die TU Berlin zeigt deutlich, dass man behaupten kann, sich nicht an der Militarisation der Gesellschaft zu beteiligen, dabei aber genau die Rolle erfüllt, die dafür für die Universitäten vorgesehen ist und die selbst erlegte Zivilklausel dabei nur ein Lippenbekenntnis ist. Wie die Bundesregierung auch deutlich macht, würde jegliches Handeln, welches die „Freiheit der Wissenschaft“ „einschränkt“ nicht geduldet werden. Die Universitäten sollen frei sein, auch von selbst auferlegten Verpflichtungen gegen die voran schreitende Militarisation des deutschen Imperialismus, ohne sich jedoch dieses Feigenblatts entledigen zu müssen. •

## KEINE BARZAHLUNG IN DER MENSA MEHR

**O**b Studierende, Angestellte, oder einfach Externe, die oft in der Nähe arbeiten – für sie alle sind die Mensen und Cafés auf dem Campus ein beliebter Ort, um im Studenten- oder Arbeitsalltag gemeinschaftlich, einfach und schnell Mittag zu essen. Vor allem Studierende mit nicht viel Zeit und Geld sind oftmals auf die Angebote der Mensa angewiesen, um etwas Last von den Schultern zu bekommen. Nun hat das Studierendenwerk Hamburg – eine „Anstalt des öffentlichen Rechts“, die an acht Standorten in Hamburg Leistungen für Studierende anbietet – die Bargeldzahlung an den Mensen und Cafés der Uni Hamburg Anfang März gänzlich eingestellt. Darunter fällt vor allem auch die Mensa „Studierendenhaus“, welche mit Platz für bis zu 600 Personen die größte Mensa von allen Hamburger Hochschulen darstellt.

Selbstverständlich gibt es auch etwas Gegenwind von Seiten der Studierenden, die diese Einschränkung nicht komplett über sich ergehen lassen wollen. So sammelt der AStA Unterschriften gegen diese Maßnahme, die er in einer Stellungnahme als „den Anfang einer Kaskade von Belastungen“ bezeichnet, die auf die Studierenden zukommen. Dort kritisiert er konkret die Unterfinanzierung des Studierendenwerks Hamburg als das deutschlandweit am schlechtesten finanzierte Studierendenwerk, was zu Leistungseinsparungen wie dieser führt. Der AStA erklärt:

*„Diese Maßnahme wird ohne Absprache mit der Vertreterversammlung oder den Studierenden umgesetzt und ist voraussichtlich erst der Beginn einer Reihe von Späßmaßnahmen zulasten der Studierendenschaft. Kartenzahlung ist im Vergleich zu Barzahlung unzuverlässig. An verschiedenen Standorten gab es bereits vermehrt technische Ausfälle, die die elektronische Zahlung unmöglich gemacht haben. Noch verheerender ist aber, dass das Studierendenwerk hier seine soziale Verantwortung verkennt. Knapp 40% der Studierenden leben an der Armutsgrenze. Zur Realität des Lebens an der Armutsgrenze gehört, dass am Ende des Monats kein Geld auf dem Konto bleibt – oder der Kontostand sogar im Minus ist. Dann ist das Bargeld im Portemonnaie oder das Rückgeld der Pfandflaschen das Einzige, was zum Essen bleibt. Auch internationale Studierende werden mit einer besonderen Härte getroffen, da bei Zahlungen im*

*Ausland oft eine Gebühr von 1,5 – 2% erhoben wird. Mit der Abschaffung der Bargeldzahlung erschwert das Studierendenwerk den Zugang zu warmen und günstigem Essen vor allem für die vulnerabelsten Studierenden.“*

Die Forderung nach einer besseren Finanzierung des Studierendenwerks hat durchaus seine Rechtfertigung, auch wenn diese natürlich nicht weit genug geht. Denn wir sollten uns keine Illusion darüber machen, dass die Sache einfach mit „mehr Geld“ getan sei, denn auch mit „mehr Geld“ unterliegt das Studierendenwerk der Kontrolle der imperialistischen Bourgeoisie in diesem Land, anstatt in den Händen des Volks zu sein. Die Maßnahme der Abschaffung der Barzahlung ist dazu noch vielschichtiger als eine reine „Sparmaßnahme“, sondern bedeutet vor allem:

## ÜBERWACHUNG VOM FEINSTEN

Der Zwang zum „bargeldlosen Zahlen“ – wie es häufig beschönigend genannt wird – ist offensichtlich eine reaktionäre Maßnahme und zielt ganz direkt auf die zunehmende Überwachung der Bevölkerung ab. Während man die Bargeldkäufe einer beliebigen Person nicht verfolgen kann – jedenfalls nicht so leicht – geht das bei elektronischen Zahlungsmitteln hingegen sehr einfach, schließlich sind sie direkt mit dem jeweiligen Konto bzw. den persönlichen Daten verknüpft. Das macht es z.B. für Staatsorgane kinderleicht, herauszufinden an welchem Ort sich eine Person zu einem gegebenen Zeitpunkt aufgehalten hat, nur weil sie sich etwas per Karte gekauft hat. Keine kostenintensiven Beschattungen, ewig langes Auswerten irgendwelcher Kameraaufnahmen oder anderer technischer Schnickschnack wird benötigt – ein kurzer Blick auf das Bankkonto der Wahl genügt vollkommen. Und wenn einem die Freiheit genommen wird, die Zahlungsmethode selber zu wählen, kann man sich dieser Überwachung auch nicht oder nur sehr schwer entziehen. Natürlich ist das auch nicht das einzige Mittel, das zu unserer Überwachung genutzt wird – jedes moderne Handy ist ein dauerhafte Aufzeichnung darüber, wo man sich befindet, worüber an sich unterhält, worüber man sich informiert, Kameras an jeder Ecke, teilweise mit hochmoderner Erkennungssoftware usw. – „bargeldloses Zahlen“

ist nur ein weiteres Instrument. Dies alles geschieht unter dem Deckmantel der sogenannten „Digitalisierung“ – Deutschland soll „auf die Höhe der Zeit“ sein, was natürlich ein total lächerliches Argument ist, wenn man bedenkt, dass in diesem Land Faxgeräte in manchen Umständen noch als gängige Methode zur Kommunikation genutzt werden. Die tatsächliche Absicht hinter dieser „Digitalisierung“ ist also unter anderem die Repression gegen das Volk durch digitale Hilfsmittel zu vereinfachen. Selbst wenn man in diesem Moment „nichts zu verstecken hat“ und einem egal ist, dass der Staat in der Lage ist, die eigene Kaufhistorie nachzuvollziehen, oder man denkt, er habe daran gar kein Interesse, heißt das noch lange nicht, dass das auch immer so bleiben wird. Diese Daten können auch rückwirkend nützlich werden, um Repression gegen diejenigen auszuüben, die am allermeisten im Widerspruch mit dem herrschenden System stehen – also diejenigen, vor denen der deutsche Imperialismus zurecht am meisten Angst hat, gegen die er jede moderne Methode der Überwachung und Unterdrückung auffahren muss.

Offensichtlich ist es also im Interesse der deutschen Bourgeoisie, diese „Digitalisierung“ voranzutreiben und Bargeldzahlung weitestgehend einzuschränken, ähnlich wie es die skandinavischen Vorbilder in diesem Punkt bereits mit Erfolg tun. Dort akzeptieren nur noch vereinzelt Geschäfte Bargeld. Zwar gibt es ein „Recht auf Bargeldzahlung“, das die direkte Abschaffung des Bargelds verhindern soll, aber wenn man nicht mehr durch das alltägliche Leben kommt, ohne an jeder Stelle zur Karte greifen zu müssen, dann ist dieses Recht nichts mehr als eine Formalität. Allerdings tut sich da das Problem auf, welches die herrschende Klasse hat. Sie kann nicht einfach ohne Weiteres Bargeldzahlung flächendeckend abschaffen oder de facto abschaffen, ohne einen gewissen Preis dafür zu zahlen. Es gibt nämlich Teile der deutschen Wirtschaft, die auf Bargeld basieren.

Nehmen wir als Beispiel die Autoindustrie – mit *Abstand* die größte deutsche Industriebranche. Die Wirtschaftlichkeit der Autoindustrie hängt unter anderem davon ab, wie teuer die neu produzierten Autos verkauft werden. Das wiederum ist beeinflusst von dem Verkaufswert gebrauchter Wagen, die

im Autohandel vor allem in die unterdrückten Länder verkauft werden. Dieser Autohandel basiert dabei vor allem auf Bargeld, daher wäre eine totale Abschaffung der Barzahlung mit einem erhöhten Risiko verbunden, dieses laufende System und damit den eigenen Automarkt zu zerschießen. Angesichts der hohen Bedeutung der Autoindustrie für die deutsche Wirtschaft wäre das offenbar nicht schlau.

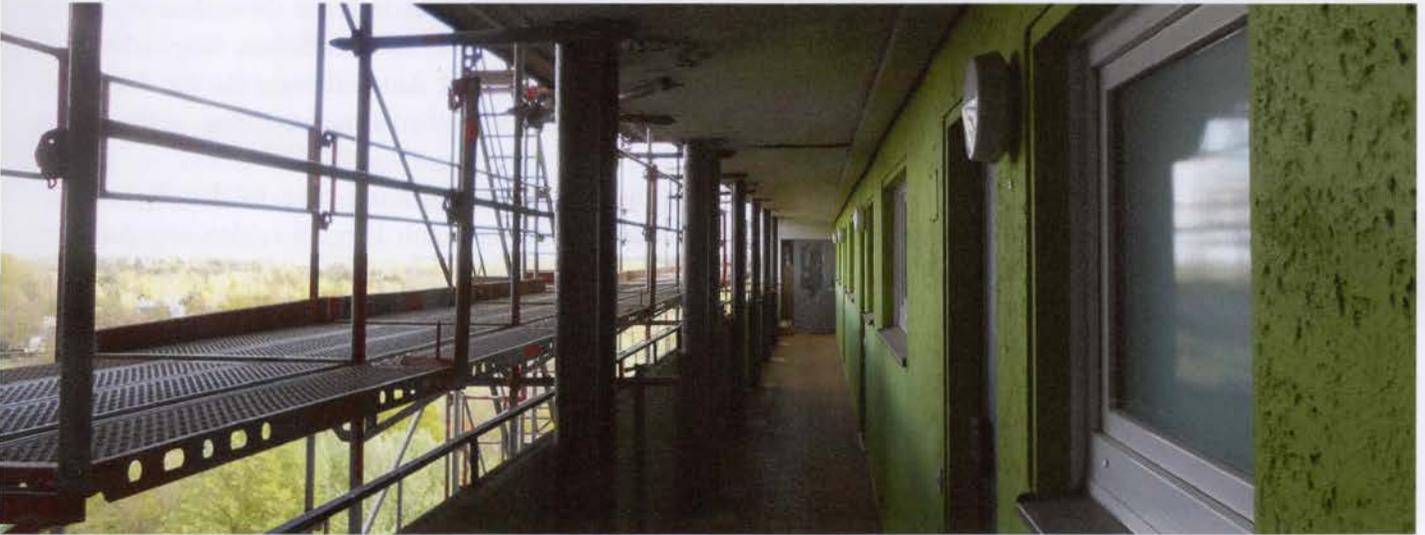
Seit Beginn des Jahres kann man in den Bussen in Hamburg nicht mehr mit Bargeld zahlen, seit Anfang März nicht mehr in den Mensen der Uni, in einigen Monaten werden wir bestimmt auch noch öfter die Karte zücken müssen, wo jetzt noch das Bargeld



*Spot the difference*

funktioniert. Wo die Reise in den nächsten Jahren hingehen wird, ist klar. Am Ende wird das Ziel erreicht, Stück für Stück. Vorsichtig wird sich heran getastet, erst dort wo kein größeres ökonomisches Risiko besteht, um sich einen Weg vorwärts zu ebnet. Ein weiterer Vorteil ist natürlich, dass dadurch der Widerstand geringer ausfällt. So besteht nicht das Problem, dass überall im Land, in allen Bereichen des Lebens, Widerstand gleichzeitig aufkocht, weil überall das Bargeld für jeden wegfällt. Stattdessen gibt es wie in diesem Fall nun ein wenig Widerstand von einigen Hamburger Studenten und wenn dieser dann wieder abgeflacht ist, ist die Bahn frei für weitere Eskalationen auf dem Weg der Bargeldabschaffung. •

## „DURCHMISCHUNG“ IN TENEVER: NIE WIEDER NEUWIEDER



Der Wohnalltag in der Neuwieder Straße 3

**K**aum hatten wir für die Februar-Ausgabe der Roten Post den Artikel über die Verwahrlosung des Blocks in der Neuwieder Straße 3 in der Stadtrand-Siedlung Tenever geschrieben, da zeigte die Stadt, dass sie offenbar auch auf das Problem aufmerksam geworden war: Der Block wurde vom stadteigenen Wohnungsunternehmen GEWOBA übernommen und soll nun weiter renoviert werden. Das ist eine politische Entscheidung – um zu verhindern, dass sich zu viel Armut auf einem Fleck konzentriert; genau darüber hatten wir in der Januar-Ausgabe geschrieben und explizit das Thema Tenever genannt, wo der südliche Teil des Viertels durch die GEWOBA-Übernahme der Blocks bereits „beruhigt“ wurde. Die erste Umbaumaßnahme: neue Überwachungskameras im Eingangsbereich und Fahrstuhl.

In der Neuwieder Straße 3 bleibt regelmäßig der Fahrstuhl stecken, das Haus ist von innen wie außen verdreckt, es gibt an vielen Stellen Schimmel, und die Anwohner bezahlen seit mehreren Jahren für ein Gerüst, was das 15-stöckige Hochhaus auf voller Höhe umgibt, ohne dass damit Arbeiten durchgeführt werden würden. Bisheriger Vermieter war ZBVV. Die Stadt hatte das Gebäude im Auge und ist nun mit der Übernahme eingeschritten. Unter den Mietern, mit denen unsere Korrespondenten sprechen, ruft das gemischte Reaktionen hervor. Ein Alleinstehender aus Zentralasien berichtet: *„Ich habe bei denen angerufen für Reparaturen an einer Wasserleitung in meiner Wohnung.*

*Kurze Zeit später ist jemand vorbeigekommen und hat das gemacht. Jetzt ist alles in Ordnung, es gibt keine Probleme mehr.“* Ein afrikanischer Familienvater erzählt am gleichen Tag: *„Das ist unmöglich, die haben gestern Abend bis gerade eben einfach das Warmwasser abgestellt, ohne Ankündigung. Meine Kinder sollten duschen. Ich glaube, mit GEWOBA ändert sich überhaupt nichts, ich traue denen kein bisschen.“* Ein türkischer Familienvater meint: *„Wer weiß, ob das was bringen wird. Aber ich bin da schon misstrauisch. Man muss die Nachbarn auf jeden Fall mehr zusammenbringen. Gut, dass ihr sowas mit der Zeitung macht.“* Ein weiterer, deutscher Alleinstehender sagt: *„Ich hoffe, dass sich was verändert. Aber das mit dem Fahrstuhl, das dauert zu lange, das muss schneller gehen, das kann nicht sein, dass der eine jetzt die ganze Zeit gesperrt ist.“*

Die Blocks in Tenever teilen sich grundlegend in zwei Bereiche: Die Gebäude an der Neuwieder Straße im Norden, und die an der Otto-Brenner-Allee und ihren Stichstraßen im Süden; der südliche Teil ist größer. Tenever war bis Anfang dieses Jahrhunderts den Herrschenden der große Dorn im Auge, da sich die Wut der Arbeiterklasse dort soweit aufgestaut hatte, dass sich dort keine Polizeistreife mehr halbwegs sicher fühlen konnte. Es folgten die Abrisse einiger Blocks und die Übernahme des gesamten Areals im Süden durch die GEWOBA, inklusive Modernisierung, entsprechend Mieterhöhung, und somit die indirekte Vertreibung alter, und der Zuzug neuer Mieter – auch aus der Arbeiterklasse, deren Wut auf die Herrschenden aber



links: Neuwieder Straße im Norden; rechts: Otto-Brenner-Allee im Süden

noch nicht so groß war. Dazu kamen Angebote aus der Sozialarbeit. So wurde das südliche Areal von Tenever aus Sicht der Herrschenden vorerst „beruhigt“. Im nördlichen Areal an der Neuwieder Straße hingegen gab es außer dem dort besonders schwerwiegenden Abriss weniger Veränderung, und die Blocks gingen anfangs nur teilweise in öffentliche Hand. Das bildet sich auch in der Mieterstruktur ab. Während unsere Korrespondenten in der Neuwieder Straße 3 kaum jemanden treffen, der nicht Wut auf den Vermieter, die Regierung etc. hat, finden sich im südlichen Areal mehr Leute, die weniger Grund zum kämpfen sehen, und einige, die der Meinung sind, dass es eigentlich keine Probleme gibt und wenn doch, das die Schuld von Ausländern sei. Die Propaganda der Herrschenden verfängt, so erzählt eine Frau dort:

*„Ja – natürlich, das erste was die Leute tun ist sich zu beschweren. Ich sag euch was, das Haus da drüben, die ganzen Häuser da – die müssen alle kernsaniert werden. Das muss die GEWOBA erst mal machen. Das geht nicht von heute auf morgen. Das kann man auch nicht alles am Stück machen. Auch dieses Gebäude hier, das war Schrott, die Wände waren aus Pappe. Wie willst du da mal eben alles besser machen, wenn die Wände scheiße sind? Ich sag euch, wie das ist, die Leute, die sich beschweren, das sind immer die, die keine Ahnung haben. Die wohnen alle nicht länger als fünf Jahre hier. Vielleicht zehn, und die sitzen den ganzen Tag zuhause. Die kommen nach Deutschland und glauben jemand schnippt mit dem Finger und dann ist alles gut. Wenn hier jemand länger da ist, dann Osteuropäer, die beschweren sich nicht so.“*

In Bezug auf die Sanierungen hat sie Recht, doch die Forderungen der Anwohner gehen ja schon ein paar Jahre zurück und sind im Allgemeinen nicht gegen die GEWOBA gerichtet. In Bezug auf ihre Beschreibung der Anwohner können unsere Korrespondenten das nicht bestätigen. Zum einen gehen die meisten „Ausländer“ dort einem Beruf nach, zum anderen haben sie z.B. mit Westasiaten gesprochen, die dort seit über 20 Jahren wohnen und deren Forderungen genauso begründet sind wie die von kürzlich Zugezogenen. Hier zeigt sich wieder das Problem der Spaltung der Arbeiterklasse, und dass der Staat, in diesem Fall die

Stadt Bremen, weiß, wie er diese voranbringt. Ein paar zufriedene Nachbarn in den Arbeiterblocks, die die Schuld bei den anderen sehen, reichen oft, um eine gemeinsame Organisation zu verhindern und eine Art von „Jeder gegen Jeden“ zu fördern.

Fakt ist, man sieht dass die GEWOBA etwas verändert, trotz solcher Frechheiten wie mit dem Warmwasser. Manche maroden Sachen, wie der Fahrstuhl, können nicht von heute auf morgen wieder in Schuss gebracht werden. Praktisch überall, wo die GEWOBA hingekommen ist, hat sich die Wohnsituation etwas oder etwas mehr verbessert. Aber denken wir daran, dass das eben auch einen politischen Zweck hat, und dass im Fall der Neuwieder Straße der Senat seit 2020 das Objekt im Auge behalten hat. Dann wird klar, dass sie all das nicht in unserem Wohle tun. Das zeigt eben auch das, was den Anwohnern jetzt bevorsteht: Mieterhöhungen. Ein afrikanischer Anwohner berichtet: *„Ich wohne seit neuen Jahren hier. Jetzt kommen Mieterhöhungen mit der GEWOBA, ca. 70 Euro. Und es soll noch eine kommen. Die sind jetzt zwei Monate hier, viele haben den Mietvertrag gekündigt, weil es ihnen zu teuer wird“* und sehen die Neuwieder nie wieder. Der Staat will nicht, dass wir uns zusammenschließen und organisieren, darum „durchmischt“ er unsere Viertel. In Frankreich wurde das nicht gemacht und es kommt immer wieder zu Aufständen. In der Neuwieder Straße verbleibt lediglich der Hausblock Nr. 1 noch in den Händen der Grand City Properties; der Rest, auch der immer noch heruntergekommene, aber etwas ausgebesserte 21-stöckige Block Neuwieder 23, ist mittlerweile Staatseigentum. Doch wie sie Tenever „durchmischen“, müssen einige der Ärmsten von uns wieder wegziehen, und neue Viertel der Armut steigen empor, und überall warten neue Heuschrecken, die uns in Wohnungen pferchen, die sie verfallen lassen! Doch wir müssen uns an Ort und Stelle gegen die Vertreibungspolitik der Stadt wehren:

**Keine Mieterhöhungen!  
Die Stadt muss die Renovierung zahlen!**

**Gegen die Vertreibung!  
Gegen die Spaltung unserer Klasse!**

**Für mehr solidarische Nachbarschaftsarbeit in Tenever! •**

## ZUM 5. JAHRESTAG DES TODES UNSERES FREUNDES: ADEL B.: DAS WAR MORD!

**A**m 18. Juni 2019 wurde unser Freund Adel B. durch Schüsse der Essener Polizei aus dem Leben gerissen. Adels Ermordung reißt ein Loch in sein Umfeld, das nie wieder geschlossen werden kann. Zurück bleiben Adels liebste Menschen und ein ganzes Stadtviertel im Schock über diese Bluttat gegen einen Nachbarn und Freund. Adel, der zu diesem Zeitpunkt 32 Jahre alt war, wurde mitten aus dem Leben seiner Mutter, seiner kleinen Schwester, seiner drei Brüder, seiner ehemaligen Lebensgefährtin und seiner vier Stiefkinder entrissen. Zu den Trauernden gehören auch ein ganzer Fußballverein, bei dem er Jugendtrainer war und letztendlich die gesamte Nachbarschaft Essen-Altendorfs.

Zum 5. Jahrestag seiner Ermordung wollen wir nochmal Revue passieren was seit damals passiert ist. Adel hatte psychische Probleme. Wie so viele aus unserer Klasse hat er auch die Schattenseiten des Lebens erleben müssen. Adel wusste was Armut und Verzweiflung bedeutet, er wusste auch was es heißt sich durchzukämpfen und für seine Familie zu arbeiten. Schon länger litt er unter der Unterdrückung, die das Leben als migrantischer Arbeiter im Imperialismus mit sich bringt. Er will einen Ausweg und das ist nicht der Suizid, sondern er sucht Hilfe. Diese Hilfe wird ihm verwehrt. Am 18. Juni 2019 wählt er den Notruf und forderte unter Androhung seiner Selbsttötung einen Therapieplatz. Er befand sich zu dem Zeitpunkt früh morgens auf der Altendorferstraße, der zentralen Straße im Viertel. Innerhalb von wenigen Minuten rückte die Polizei mit mehreren Streifenwagen aus. In der Situation hatte Adel zwar ein Messer in der Hand, bedrohte aber zu *keinem Zeitpunkt* die eingesetzten Bullen, welche im Gegenzug jedoch alle ihre Waffen auf ihn richteten. Adel merkte, dass die Polizisten ihn angreifen würden, er fühlte sich bedroht, legte zwischenzeitlich das Messer weg und telefonierte mit seiner Verlobten, welche beruhigend auf ihn einwirkte. Adel flüchtete vor den aggressiven Polizisten in Richtung seines Zuhauses in der Drügeschofstraße. Er klingelte bei sich zu Hause und wollte Schutz vor der heranstürmenden Polizei suchen. Die Tür öffnete sich und er schloss sie hinter sich. Für Niemanden stellte er eine Gefahr dar. Die Bullen schossen Adel durch die geschlossene Tür in die Brust. Er starb an Ort und Stelle. Ein Nachbar, welcher als professioneller Rettungssa-

nitäter arbeitete, wollte helfen und wurde von den Bullen weggeschickt, und Adel dem Tod überlassen.

Im Nachgang der Ereignisse flüchteten sich Polizei und Staatsanwaltschaft in Vertuschungen und Lügen. Zuerst behaupteten sie, Adel wäre auf die Polizisten zugestürzt, danach, dass er seiner Familie etwas antun wollte. Trotz zahlreicher Widersprüche und Stellungnahmen der Familie wurde der Polizist der Adel erschossen hat bis heute nicht für seine Tat verurteilt.

In den Tagen nach seiner Ermordung gründete sich in Essen-Altendorf zusammen mit der Familie und Freunden von Adel die „Initiative Gerechtigkeit für Adel“. Sie veröffentlichte ein Video der Tat, welche die Version der Polizei Lügen strafte. Sie organisierte am 8. August 2019 eine erste Demonstration, welche fast vollständig aus der Nachbarschaft Altendorfs bestand. Sie kämpft bis heute für drei zentrale Forderungen: Aufklärung des Mordes an Adel B., Gerechtigkeit für Adel und seine Hinterbliebenen und die Bestrafung der Mörder von Adel in der Essener Polizei. Seitdem organisierte die Initiative Gerechtigkeit für Adel – seit letztem Jahr zusammen mit dem Roten Bund – mit immer mehr Menschen aus dem Viertel jedes Jahr Demonstrationen, Aktionen und Fußballturniere, um gegen rassistische Polizeigewalt und für Gerechtigkeit für Adel zu kämpfen. Ein ganz wesentlicher Aspekt dieser Arbeit war von Anfang gegen die rassistische Spaltung der Arbeiterklasse in Migranten und Deutsche zu kämpfen.

Denn seit dem Tag von Adels Ermordung kam es zu einer gemeinsamen rassistischen Offensive von Stadtpitzen, Polizei, bürgerlicher Presse und Faschisten gegen Adel, seiner Familie und die Arbeit der Aktivist\*innen. Adel wurde medial als „verrückter muslimischer Messermann“ dargestellt, um seine Ermordung zu rechtfertigen. In den letzten Jahren zerrte der Essener Staatsschutz Adels Familie und das Umfeld der Initiative vor Gericht, um zu verhindern, dass Adels Tod als das benannt wird, was er ist – Mord durch deutsche Polizisten. Die Westdeutsche Allgemeine Zeitung veranstaltete jahrelang in mehreren Artikelreihen eine regelrechte Hexenjagd, in der sie öffentlich

die polizeiliche Zerschlagung und Verurteilung der Initiative forderte. Im Jahr 2021 griff die Polizei eine Demonstration für Adel mit Schlagstöcken, Polizeihunden, Fäusten und Tritten an, Verhaftete und Verletzte mehrere Personen und schrieb im Nachgang eine Person zur Öffentlichkeitsfahndung aus. Doch all diese Repression, all diese Lügen und Hetze konnte den Kampf um Gerechtigkeit für Adel nicht einen einzigen Tag stoppen.

Im Gegenteil. Als im Jahr 2020 die Bullen mithilfe der Corona-Befugnisse die Demonstration für Adel verhindern wollten und Stadtpolitiker und Medien wochenlang eine Hetzkampagne gegen „Linksextremisten“ inszenierten, versammelten sich über 500 Menschen auf dem Ehrenzeller Platz in Altendorf und hielten stundenlang wütende Redebeiträge gegen rassistische Polizeigewalt und imperialistische Unterdrückung. Der Essener Stadtrat verabschiedete eine de-facto Resolution gegen die Demonstration und stellte sich hinter die Mörder von Adel, während die AfD eine Gegenkundgebung in der Essener Innenstadt abhielt. Im Anschluss an die Kundgebung versammelten sich trotz Demonstrationsverbot 300 Menschen zu einer unangemeldeten, kämpferischen Demonstration zum Ort, wo Adel erschossen wurde, welche aus dem Viertel begeistert bejubelt wurde. Die Bullen waren politisch durch die Kampagne der Initiative so unter Druck geraten, dass selbst Regenschirme, die auf Kopfhöhe in Richtung der Hundertschaften flogen, nicht dazu geführt haben, dass sie die Demonstration hätten angreifen können.

Die Arbeit der Initiative und der Revolutionäre verwurzelte sich immer mehr im Stadtteil. 2022 fand das erste „Adel B. Fußball-Gedenkturnier“ statt, an dem sich Eltern und Kinder aus dem Viertel beteiligten. Im letzten Jahr knüpfte die Initiative Gerechtigkeit für Adel gemeinsam mit dem damals frisch gegründeten Roten Bund an den Erfolg des Vorjahres an und veranstaltete die zweite Ausgabe des Gedenkturniers für Adel, an dem sich über den Tag über 100 Menschen aktiv am Turnier und der Kundgebung beteiligten.

Heute, beinahe fünf Jahre nach der Ermordung unseres Freundes Adel kann man mit allem Recht sagen: Adel lebt im Kampf um Gerechtigkeit. Bis heute ist es nicht möglich, durch Altendorf zu laufen, ohne an Konterfeis von Adel und Parolen gegen Polizeigewalt vorbeizukommen. Auch über Altendorf hinaus ist der Kampf um Gerechtigkeit für Adel ein lebendiger und untrennbarer Teil des Kampfes gegen Polizeigewalt in der BRD und sogar weltweit geworden. Adel war Teil einer Ausstellung gegen Polizeigewalt in Berlin und er war auch Thema einer akademischen Arbeit gegen Polizeigewalt von fortschrittlichen Intellektuellen der Universität Essen. Der Kampf für Gerechtigkeit für Adel wurde mit dem Bündnis gegen Polizeigewalt und Repression wortwörtlich vor die Haustür von Innenminister Herbert Reul getragen und von revolutionären und fortschrittlichen Zeitungen und Blogs in viele Sprachen übersetzt. Adels Fall wurde im Landtag Nordrhein-Westfalens und auch in unterschiedlichen Gerichtssälen verhandelt. Auf dutzenden Demonstrationen erklang in einer Reihe mit allen anderen Opfern rassistischer Polizeigewalt der Name Adel B. Wie zum Beispiel jedes Jahr in Dessau bei der Demonstration in Gedenken an Oury Jalloh. Von Anfang an war der Kampf für Gerechtigkeit und Aufklärung auch Teil der Roten Post, die schon im Jahr 2019 wenige Wochen nach Adels Ermordung über den Fall berichtete.

Der Kampf für Adel hat sehr vieles erreicht, auch wenn der Todesschütze nicht im Gefängnis sitzt. Trotz aller Lügengeschichten, denn Adels Wesen, das, was ihn ausgemacht hat, und sein Schicksal sind bis heute lebendig. Adel B., das ist einer von uns. Arbeiter, Migrant, Sohn, Bruder, Vater, ein guter Mensch und Opfer von rassistischer Polizeigewalt. Deswegen wird es auch dieses Jahr von der Initiative Gerechtigkeit für Adel und dem Roten Bund NRW wieder Aktivitäten zum Gedenken für unseren Freund geben und die Fahne des Kampfes für Gerechtigkeit und Aufklärung weiter hochgehalten. Denn Adels Fall zeigt im Kleinen wie im Großen, dass es sich lohnt, wenn wir Arbeiter gemeinsam für unsere Rechte, unsere Liebsten und für eine Gesellschaft ohne Ausbeutung und Unterdrückung kämpfen. •



## EXISTENZÄNGSTE BEI DEN ANGESTELLTEN VON GALERIA

**A**rbeitsdruck, Unsicherheit und die ständige Angst in absehbarer Zeit seinen Job zu verlieren – mit der immer stärker werdenden Vertiefung der Krise wird dies für immer mehr Menschen zu einer Realität. Ein Beispiel davon sind die Mitarbeiter von Galeria, welche schon seit vielen Jahren um ihre Existenz bangen müssen. Seit Jahren schleppt sich das Unternehmen schon von einem Insolvenzverfahren zum nächsten. Das bedeutet, dass das Unternehmen nicht mehr in der Lage ist, fälligen Zahlungspflichten gegenüber Schuldnern nachzukommen, also kurz pleite ist. Wenn das der Fall ist, muss ein Unternehmen ein Insolvenzverfahren durchlaufen, in welchem das vorhandene Restvermögen unter den Gläubigern gleichmäßig aufgeteilt wird und an dessen Ende entweder eine Sanierung oder eine Liquidierung des Unternehmens folgt. In den letzten Jahren ein typischer Prozess für Galeria.

Ursprünglich war das Unternehmen, was aktuell Galeria Karstadt Kaufhof heißt, nicht ein, sondern zwei Unternehmen. Galeria Kaufhof und Karstadt. Beide Unternehmen erholten sich nach dem Zweiten Weltkrieg recht schnell von den kriegsbedingten wirtschaftlichen Schäden. Karstadt schaffte es im Jahr 1977 sogar, mit einem Jahresumsatz von 10,62 Milliarden Deutsche Mark zum größten Handelsunternehmen der verhältnismäßig jungen BRD zu werden. 2009 war es jedoch vorbei mit dem wirtschaftlichen Erfolg. Arcandor, der Mutterkonzern von Karstadt, meldete Insolvenz an. Die Folgen waren ein anschließendes Insolvenzverfahren, an dessen Ende 13 Karstadt Filialen schlossen, über 1.000 Mitarbeiter ihre Jobs verloren und die Gewerkschaftsbürokraten wieder einmal die Arbeiter verrieten und Lohnkürzungen zustimmten. Das Unternehmen wurde verkauft und erhielt mit Nicolas Berggruen einen neuen Eigentümer, welcher das Unternehmen aber bereits 2014 wieder weiterverkaufte. Karstadt gehörte nun der Signa Holding GmbH, welche die Perspektive sah, aus der schlechten wirtschaftlichen Lage, in der sich das Unternehmen befand, durch eine Fusion mit Galeria Kaufhof, was mittlerweile ebenfalls in einer schlechten wirtschaftlichen Lage war, herauszukommen. Verhandlungen wurden aufgenommen und 2018 kam es schließlich zur angestrebten Fusion.

Auch nach der Vereinigung der beiden Unternehmen in die Galeria Karstadt Kaufhof GmbH war die finanzielle Schiefelage des Unternehmens jedoch nicht vorbei. 2020 kam es zur ersten Insolvenz des neu fusionierten Unternehmens. In Folge schlossen 40 Häuser, und Tausende von Arbeitern verloren ihren Job. Der Staat pumpete Corona-Notkredite im Wert von 680 Millionen Euro in das Unternehmen, doch auch dies hielt den Niedergang von Galeria nicht auf, sondern verzögerte ihn lediglich. 2022 folgte das nächste Insolvenzverfahren. Wieder einmal mussten die Beschäftigten Arbeiter für das Herumgezocke der Kapitalisten büßen. 4.000 Menschen verloren ihren Job und 41 Filialen wurden geschlossen. Im November 2023 wurde klar, dass der Mutterkonzern Signa zahlungsunfähig war, und im April dieses Jahres wurde erneut ein Insolvenzverfahren für Galeria eröffnet.

Für den Signa Konzern war dies wohl das letzte Insolvenzverfahren bezüglich Galeria, denn mittlerweile ist klar, dass der Konzern sich von Galeria trennen wird. Wie es sich in den Insolvenzverhandlungen (zumindest bis Stand Redaktionsschluss) abzeichnet, wird Galeria zukünftig wohl von einem Konsortium, das heißt einem zeitlich begrenzten Zusammenschluss mehrerer wirtschaftlich und rechtlich eigenständiger Unternehmen, übernommen werden. Das Konsortium besteht aus der US-Investmentgesellschaft NRDC Equity Partners, welche dem Unternehmer Richard Baker gehört und der deutschen Gesellschaft BB Kapital, von dem Mannheimer Unternehmer Bernd Beetz.

Das Konsortium möchte in Zukunft aber nur 70 der 92 Filialen weiterführen. Die verbliebenen 22 Filialen sollen demnach geschlossen werden. Welche Filialen dies sind, ist noch nicht bekannt. Das sorgt dafür, dass auf der einen Seite für alle Beschäftigten bei Galeria eine große Unsicherheit herrscht. Die Möglichkeit, dass potenziell jede Filiale betroffen sein kann, bietet für die Ausbeuter natürlich auch die Gelegenheit, die Konkurrenz zwischen den Arbeitern in den verschiedenen Standorten zu verstärken, denn keine der Belegschaften möchte, dass ihre Filiale zu den „unwirtschaftlichen Einrichtungen“, die geschlossen werden, gehört.



In Baden-Württemberg gibt es 13 Galeria-Filialen, die entsprechend von dieser Situation betroffen sind. Galeria ist zweimal in Freiburg und mit je einem Standort in Stuttgart, Offenburg, Lörrach, Singen, Leonberg, Ulm, Karlsruhe, Konstanz, Heidelberg, Mannheim und Heilbronn vertreten.

Das Beispiel von Galeria zeigt uns dabei deutlich, dass wir uns in diesem Kampf nicht auf die opportunistische Führung der Gewerkschaften verlassen können. Trotz der großen Kürzungspläne der neuen Eigentümer war die Reaktion der Gewerkschaften nach der Bekanntgabe der Übernahme weit davon entfernt gewesen, auf die Barrikaden zu gehen und den Kampf gegen die Entlassung der Kollegen zu führen. Im Gegenteil dazu zeigte die Führung von ver.di mit den Worten „Wir begrüßen, dass offensichtlich ein finanzstarker Investor gefunden wurde, der Galeria als Ganzes erhalten will und über Kompetenz im Einzelhandel verfügt...“, dass sie auf der Seite der neuen Ausbeuter und nicht der Belegschaft steht. Ganz so sehen dann auch die Aktivitäten der Gewerkschaft aus. Anstatt den entschlossenen Kampf für die Interessen aller Arbeiter von Galeria zu führen, unterstützt diese die Chefs eifrig bei ihren Plänen, die Belegschaft zu spalten.

So sagte der ver.di-Landeschef in Baden Württemberg, Martin Gross, gegenüber der Deutschen Presseagentur, dass er von den neuen Eigentümern erwarte, dass keine der Galeria Filialen in Baden-Württemberg

geschlossen werden soll. Dafür fängt er dann an, die Arbeitsmoral der Belegschaft in dem Bundesland zu loben und versucht darzulegen, warum die Filialen dort denn wirtschaftlich profitabel seien. Offensichtlich haben die Chefs der Gewerkschaft sich schon voll und ganz damit abgefunden, dass Einrichtungen geschlossen werden sollen. Nun versuchen sie, die vorhandenen Existenzängste und den Tatendrang der Arbeiter dahin zu lenken, dass diese, anstatt allgemein den Kampf gegen Entlassungen zu führen, nur dafür „kämpfen“, die Jobs in ihrer jeweiligen Filiale zu erhalten. Das propagierte Mittel dafür ist dabei auch nicht, zu streiken, sondern fügsam zu sein.

Solche Spaltungsversuche durch Chefs sind nicht nur bei Galeria typisch, und es ist wichtig, dass wir Arbeiter nicht auf solche Tricks hereinfallen und unsere gemeinsame Solidarität als Ausgebeutete hochhalten. Ebenso wenig ist es neu, dass die Führung der Gewerkschaften die Arbeiter verrät und sich den Chefs anbiedert. Offensichtlich müssen wir nicht nur die Bosse, die uns ausbeuten, bekämpfen, sondern auch den Kampf für unsere gemeinsamen Interessen gegen die Führung der Gewerkschaften durchsetzen. Gegen die Angriffe auf unsere Interessen müssen wir entschlossen und vereint als eine Arbeiterklasse kämpfen, denn eine vereinte Arbeiterklasse wird unbesiegt sein. •

## SIND WIR „DES GEYERS SCHWARZER HAUFEN“?



Florian Geyer und der schwarze Haufen 1525

**W**ir sind des Geyers Schwarzer Haufen ist ein sogenanntes Fahrtenlied (was Pfadfindergruppen und Ähnliche auf Reisen singen) aus dem Jahr 1920, das sich an den deutschen Bauernkrieg 1524/1525 anlehnt. Mehreren Quellen zufolge ist es im Umfeld der „Bündischen Jugend“, einer völkisch-nationalistischen Institution, in der die deutschen Monarchisten nach dem 1. Weltkrieg Jugendliche organisieren wollten, entstanden. Der Text ist an ein Gedicht des bayrischen Offiziers Heinrich von Reder angelehnt, die Melodie stammt vom Faschisten Fritz Sotke. Trotzdem wurde und wird es nicht nur unter Faschisten und ähnlichem Gesindel gesungen, sondern hat auch Verbreitung in der Arbeiterbewegung gefunden. In der DDR wurde es nach 1956, dem Jahr des Putsches der Revisionisten in der Sowjetunion, Teil des offiziellen Liedguts der Nationalen Volksarmee; die Rockband *Commandantes*, die viele alte Arbeiterlieder als Punkversionen gecovered hat, brachte auch eine Version des Lieds heraus. Deswegen wollen wir uns damit einmal etwas näher beschäftigen.

*„Wir sind des Geyers schwarze Haufen,  
Hei a ho ho!  
Und wollen mit Tyrannen raufen,  
Hei a ho ho!  
Spieß voran, drauf und dran,  
Setzt aufs Klosterdach den roten Hahn!“*

*Wir wolln's dem Herrn im Himmel klagen  
Kyrieleis!*

*daß wir die Pfaffen nicht dürfen totschiessen  
Kyrieleis!*

[...]

*Jetzt geht's auf Schloß, Abtei und Stift,  
Heia hobo!  
uns gilt nichts als die Heilige Schrift,  
Heia hobo! [...]*

Insgesamt 13 Strophen geht es so zu. Klar wird, dass sich das Lied gegen die Herrschaft des Adels (im Lied: „der Edelmann“) richtet und seine treuen Vertreter der katholischen Kirche, die man gerne niederbrennen will („den roten Hahn aufs Dach setzen“). Dafür ist es äußerst protestantisch – „es gilt nichts als die heilige Schrift“, „dem Herrn im Himmel“ ist man weiter Untertan.

Der deutsche Bauernkrieg war in den Worten von Karl Marx „**die radikalste Tatsache der deutschen Geschichte**“ und die größte bewaffnete Erhebung gegen den Feudalismus in Europa, bis zur Französischen Revolution. Doch wer war in diesem Rahmen der „schwarze Haufen“, und wer sein Anführer, Florian Geyer aus Giebelstadt? Geyer war selber ein Adeliger und stand als Reichsritter im Dienste des Markgrafen Albrecht von Brandenburg-Ansbach. Geyer kämpfte im Bauernkrieg für eine auf Bauern- und Bürgertum gegründete Reichsreform, mit der Lehre Martin Luthers als moralischer Grundlage. Sein „Haufen“ hatte 100 bis 200 angeblich besonders

starke und „kriegstüchtige“ Männer, alle in schwarzen Uniformen, die der Geyer selbst besorgt hatte. Verbündete „Haufen“ nannten sich unter anderem das „Evangelische Heer“. „Des Geyers Schwarzer Haufen“ stellte innerhalb des Bauernkriegs eher eine Besonderheit dar. Die Bauern kämpften für eine gerechtfertigte Sache unter einer rückschrittlichen Führung. Im Gegensatz zu Geyer stammten andere Bauernführer wie Jakob „Jäcklein“ Rohrbach, der für die Tötung des Grafen Ludwig von Helfenstein und seiner Begleiter vor den Toren der Stadt Weinsberg von ihm geführte aufständische Bauern bekannt wurde, aus der Bauernschaft, waren selbst Leibeigene gewesen, bzw. vereinten sich tatsächlich mit den Bauern. Geyers Kampf hingegen repräsentierte nicht den der Bauernschaft, sondern viel mehr den der Protestanten, deren theologisches Programm die Grundlage für die Denkweise der deutschen Bourgeoisie wurde, die den Feudalismus nie zu beenden wagte und sich stattdessen mit dem preußischem Adel gegen die Arbeiterklasse verbündete. Karl Marx sagte: **„Luther hat allerdings die Knechtschaft aus Devotion besiegt, weil er die Knechtschaft aus Überzeugung an ihre Stelle gesetzt hat. Er hat den Glauben an die Autorität gebrochen, weil er die Autorität des Glaubens restauriert hat. Er hat die Pfaffen in Laien verwandelt, weil er die Laien in Pfaffen verwandelt hat. Er hat den Menschen von der äußeren Religiosität befreit, weil er die Religiosität zum inneren Menschen gemacht hat. Er hat den Leib von der Kette emanzipiert, weil er das Herz an die Kette gelegt.“** Und genau diese „innere Knechtschaft“ zieht den typischen Untertan mit sich, einfach gesagt – nach oben buckeln, und nach unten treten. Eine Sache, die die Dichter dieses Liedes bestens verkörperten.

Was Martin Luther nämlich *im Allgemeinen* vom Bauernkrieg, von einer Revolution gegen den Feudalismus und den Adel hielt, legte er 1525 dar: *„Wider die mörderischen und räuberischen Rotten der Bauern [...] man soll sie zerschmeißen, würgen, stechen, heimlich und öffentlich, wer da kann, wie man einen tollen Hund erschlagen muss.“* Typisch Luther. Und das war derjenige, den der Geyer verehrte.

Die Arbeiterklasse ist kein „schwarzer Haufen“. Genauso wenig die Bauern, um die es hier ja geht. Das

Lied wurde in einer Zeit geschrieben, wo ganz klar war, was für „Haufen“ auf den Straßen mit schwarzen Uniformen rumliefen. Die „Schwarzhemden“ – das war der paramilitärische Arm der italienischen Faschisten, der die Arbeiter prügeln und mordend durch das Land zog. Später gab es die British Union of Fascists, und die SA und SS in Deutschland. Dass



Die Faschisten hatten in der SS gar eine „Division Florian Geyer“

gerade diesen das Lied als Kampflied diente, ist nicht überraschend.

Die Bauern machen heute immer noch den größten Teil der Weltbevölkerung aus, entsprechend ist es wichtig, dass es revolutionäre Kultur gibt, die sie zum Kampf ermutigt. Aber niemals können die armen Bauern, so wie es dieses Lied predigt, unter dem Schwert eines anderen Landherren für ihre eigenen Interessen gegen andere Feudalherren in den Krieg ziehen, und können sich auch nicht darauf beschränken, eine Horde „Raufbolde“ zu sein – so sehr das auch Spaß machen kann. Revolutionäre Kultur muss die Bauern ermutigen, im Dienste der proletarischen Weltrevolution gegen den Imperialismus für ihre Befreiung zu kämpfen. Ein gutes Beispiel hierfür ist die Hymne der Liga der armen Bauern in Brasilien:



[WWW.DEMVOLKEDIENEN.ORG](http://WWW.DEMVOLKEDIENEN.ORG)



*Täglich neue Nachrichten von Kämpfen in den Vierteln, Entwicklungen in der BRD sowie aktuelle Informationen über den Widerstand in den unterdrückten Nationen auf deutsch und englisch.*

## KOMMENDE TERMINE

### **BREMEN**

Café Rebellion  
BDP-Haus (Am Hulsberg 136)  
Jeden Mittwoch  
ab 17 Uhr

## KONTAKTE

### **BUNDESWEIT**

Roter Bund | [kontakt@roterbund.de](mailto:kontakt@roterbund.de)  
Rotes Frauenkomitee | [rfk-kontakt@roterbund.de](mailto:rfk-kontakt@roterbund.de)

### **BADEN-WÜRTTEMBERG**

Roter Bund | [bw@roterbund.de](mailto:bw@roterbund.de)

### **BERLIN**

Roter Bund | [berlin@roterbund.de](mailto:berlin@roterbund.de)

### **BREMEN**

Roter Bund | [bremen@roterbund.de](mailto:bremen@roterbund.de)  
Rotes Frauenkomitee Bremen | [rfk-bremen@roterbund.de](mailto:rfk-bremen@roterbund.de)

### **HAMBURG**

Roter Bund | [hamburg@roterbund.de](mailto:hamburg@roterbund.de)  
Rotes Frauenkomitee Hamburg |  
[rfk-hamburg@roterbund.de](mailto:rfk-hamburg@roterbund.de)

### **NRW**

Roter Bund | [nrw@roterbund.de](mailto:nrw@roterbund.de)

### **DAS TITELBILD**

*Demonstration in Lannemezan, Frankreich, für die Freilassung des dort seit 40 Jahren inhaftierten Revolutionärs Georges Ibrahim Abdallah, am 6. April.*

Quellen: [causedupeople.org](http://causedupeople.org)

**ROTE  
POST** 